



Bericht aus dem Stadtparlament

AfD-Fraktion im Römer

Bericht aus der Stadtverordnetenversammlung vom 28. Februar 2019

Die Frage der SPD-Fraktion, wie der Magistrat gedenke, „Diskriminierung künftig abzustellen und **(homosexuelle) Sportler*innen künftig zu ehren**“, konterte Oliver Wurtz, Stadtverordneter der AfD im Römer, wie folgt: „In vielen islamischen Ländern hängt man Homosexuelle an Baukränen auf und Sie von der SPD ärgern sich wieder mal über Kleinigkeiten!“ Er halte es für angebrachter zu diskutieren, ob es richtig gewesen sei, dass der Bundespräsident, – seines Zeichens SPD-Mitglied-, dem Iran zum Jahrestag der iranischen Revolution gratuliert habe. Wurtz verwies darauf, dass Deutschland laut Zeitungsberichten im Index der LGBT-freundlichsten Reiseländer im Vergleich zum Vorjahr von Platz 3 auf Platz 23 abgerutscht sei. „Na sowas, Deutschland ist nicht mehr eins der Lieblingsziele von Schwulen und Lesben!“, so Wurtz. Die Masseneinwanderung aus Ländern, in denen der Hass auf Homosexuelle tief verwurzelt sei, hinterlasse ihre Spuren. „Schwule und Lesben brauchen keine spezielle Party oder Ehrung“, sagte Wurtz. Vielmehr seien Grenzen nötig und es müsse die Sicherheit im öffentlichen Raum gewährleistet sein.

Für Rainer Rahn, dem Fraktionsvorsitzenden der AfD im Römer, kamen die Ausführungen von Stadtrat Jan Schneider zum Umgang mit der **Liegenschaft ‚In der Au‘** einer Bankrotterklärung gleich. „Herr Schneider, Sie sagen, Sie sind zum Objekt gegangen oder hätten jemanden dort hingeschickt, doch hätten vor Ort keinen Kontakt aufnehmen können“, hielt Rahn fest. Schneider vertrete den Eigentümer, die Stadt Frankfurt. Damit habe er das Recht, dort die Immobilie zu betreten - und auch die Pflicht. „Stellen Sie sich mal vor, es brennt dort und es kommen Menschen zu Tode oder zu Schaden. Dann sind Sie persönlich haftbar dafür, was dort passiert und Sie werden angeklagt werden, genau deswegen, weil Sie sich hier hinstellen und sagen, wir wissen nicht, wer da ist, wir wissen nicht, wer da wohnt und sich da aufhält, wir können nichts machen, es interessiert uns nicht. Sie sind der, der den Kopf hinhält, wenn da etwas passiert“, erklärte der AfD-Fraktionsvorsitzende.

Hinsichtlich des Fehlbetrags von 164 Mio. Euro, mit dem der **Planentwurf des aktuellen Haushalts der Stadt Frankfurt** belegt ist, merkte Rahn an: „Der Schuldenstand nimmt also zu und mit der wirtschaftlichen Entwicklung müssen wir davon ausgehen, dass er sogar noch weiter steigt“, sagte der AfD-Fraktionschef voraus. Um das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts zu erhalten, könne man die Steuern erhöhen. Dies machten die Koalitionäre nicht, weil es unpopulär sei oder aber man könne mehr Geld vom Land fordern, womit der Kämmerer auf dem Klageweg bekanntlich gescheitert ist. „Es gäbe aber auch noch einen weiteren Weg, zu einem ausgeglichenen Haushalt zu kommen, nämlich nicht mehr Geld zu fordern, sondern weniger Geld auszugeben, also einzusparen.“

Das ist aber für den Magistrat offensichtlich keine Option gewesen“, fasste Rahn zusammen. Im Gegenteil, trotz des Defizits gebe die Stadt weiter munter Geld aus. „Jahrzehntelang hat sich niemand daran gestört, dass der Eintritt in Schwimmbäder für Kinder Geld kostet. Jetzt macht die Stadt ihn kostenlos und fordert dafür mehr Geld vom Land. Und zwar im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs von Gemeinden, die sich teilweise Schwimmbäder überhaupt nicht mehr leisten können, also Schwimmbäder schließen müssen“, erläuterte der AfD-Fraktionschef.

In eine ebenso merkwürdige Richtung gehe der Koalitions-Antrag zum Kultur- und Freizeitticket, mit dem freier Eintritt für Frankfurter Kinder in städtische und nichtstädtische Museen und in den Zoo gefordert würde. „Auch da wissen Sie (der Magistrat) nicht, was es kostet. Sie haben eine Mio. Euro dafür eingestellt, das wird sicher nicht reichen“, fuhr Rahn fort.

Die Voraussetzung, um in den Genuss dieser Vergünstigungen zu kommen: ein Familien-Nettoeinkommen, das unter 4.500 Euro liege. Der Oberbürgermeister sage, das sei ein konkreter Schritt gegen Kinderarmut. Die Kinderarmut beginne für ihn ab Unterschreiten der Netto-Einkommensgrenze von 4.500 Euro. „Nur um das mal umzurechnen, das sind in der Spitze Bruttoeinkommen von 80.000 Euro, was, – um hier im Hause zu bleiben -, ein Magistratsdirektor verdient!“, rechnete der AfD-Fraktionsvorsitzende vor. Da müsse man sich fragen: Woher kommt diese Zahl?

Für den Frankfurter Pass gebe es die Einkommensgrenze von 1.450 Euro, einem Drittel der 4.500 Euro. Die, die ein solches Einkommen bezögen, seien tatsächlich bedürftig. Aber sicherlich nicht die, die 4.500 Euro hätten. „90 Prozent aller Frankfurter Familien haben ein geringeres Einkommen als 4500 Euro, fallen also unter diese Grenze und werden von Ihnen als sozialbedürftig eingeordnet. Das stellt das Sozialstaatsprinzip völlig auf den Kopf!“, so Rahn.

Das Prinzip des Sozialstaates bestehe darin, dass 90 Prozent der Besserverdienenden, also derer, die überhaupt Geld verdienen, die 10 Prozent unterstützen, die dazu nicht in der Lage sind. „Bei Ihnen ist das genau umgekehrt!“, konstatierte Rahn. Abgesehen davon wolle der Oberbürgermeister die Einkommensangaben letztlich über eine Selbstauskunft ermitteln. „Da können Sie es im Prinzip ganz lassen und es Allen anbieten“, erklärte der AfD-Fraktionschef.

In den zahlreichen Anträgen, die die Koalition gestellt habe, sei zu sehen, wie Geld ausgegeben werde, das eigentlich nicht vorhanden sei. Die Koalition fordere zusätzliche Mittel für die kommunale Ausländervertretung (KAV), „das überflüssigste Gremium seit Gründung des deutschen Fußballverbundes“. Wenn es für diese Einschätzung eines Beweises bedurft hätte, die KAV habe den Grund selbst geliefert mit der wochenlangen Debatte um die Mohren-Apotheke.



Bericht aus dem Stadtparlament

AfD-Fraktion im Römer

Außerdem fordere die Koalition 30.000 Euro für die Jugendarbeit in Moschee-Gemeinden. Rahn verwies hier auf die Internet-Präsenz des Zentralrats der Muslime und kam zum Schluss: Den dortigen Ausführungen zufolge müssten Muslime nur dann die Gesetze des Landes beachten, wenn sie Koran-konform seien. „Ansonsten nicht. Das ist eindeutig verfassungswidrig. Und das wollen Sie auch noch finanziell unterstützen!“, so der AfD-Fraktionschef.

Es sei geplant, weitere 20.000 Euro einzusetzen, um die Reputation von Alleinerziehenden zu verbessern. „Was gibt es da zu verbessern? Und wer hat etwas davon? Wenn Sie den Alleinerziehenden Gutes tun wollen, geben Sie ihnen finanzielle Mittel oder gewähren Sie ihnen steuerliche Entlastung – aber mit der Reputationsverbesserung wäre Keinem geholfen. Abgesehen davon wäre es auch keine Aufgabe der Stadt“, betonte Rahn. Die Pläne sähen zudem vor, 50.000 Euro für die Förderung von Lastenrädern einzusetzen. „Wir leben in einem freien Land und einer freien Wirtschaft, da kann doch jeder seine Lasten transportieren, mit welchem Gefährt er Lust hat.“

Abschließend stellte Rahn fest, dass der AfD-Antrag für einen ausgeglichenen Haushalt von allen abgelehnt worden sei. „Dabei ist das die Vorgabe der Vernunft und die Vorgabe der HGO“, so Rahn. Die AfD-Anträge zur Schuldenstands-Reduktion und zur Transparenz der Vorlagen hätten unverständlicherweise auch keine Mehrheiten gefunden.

Informieren Sie sich:

Besuchen Sie die Bürgersprechstunden der AfD-Fraktion im Römer

Nächste Bürgersprechstunde findet statt:

10. April 2019 um **17** Uhr in den Fraktionsräumen



Bericht aus dem Stadtparlament

AfD-Fraktion im Römer

Bitte informieren Sie sich regelmäßig über unsere politische Arbeit im Frankfurter Stadtparlament unter:

www.stvv.frankfurt.de/parlis2/parlis.html

Die Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung sind öffentlich und beginnen um 16 Uhr.

Anmeldung zur Sitzung per Email unter:

einlasskarten.stvv@stadt-frankfurt.de

Nächster Sitzungstermin der Stadtverordnetenversammlung ist am: **4. April 2019**

Sprechzeiten der Fraktionsgeschäftsstelle:
Montag – Donnerstag 12 – 14 Uhr

Email: info@afd-im-roemer.de
Internet: www.afd-im-roemer.de
Telefon: 069 – 212 46222

Impressum:
AfD-Fraktion im Römer
Bethmannstraße 3
60311 Frankfurt am Main

ViSdP: Dr. Dr. Rainer Rahn
(Fraktionsvorsitzender)